

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	23. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	26. April 2016, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

26.

Punkt 25 der Tagesordnung: Verfolgung eines Autobahnanschlusses bei Weingarten (L 559) oder bei Büchenau (L 558) an die A 5

Gemeinsamer Antrag der Stadträte Tom Høyem, Thomas H. Hock und Karl-Heinz Jooß (FDP) sowie der FDP-Gemeinderatsfraktion, Friedemann Kalmbach und Eduardo Mossuto (GfK), Jürgen Wenzel (FW) und Stefan Schmitt (pl) vom 8. März 2016

Vorlage: 2016/0108

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 25 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Das ist ein Antrag der Zählgemeinschaft FDP, GfK, Freie Wähler und von Herrn Stefan Schmitt. Die Entlastung von Hagsfeld beschäftigt uns schon sehr lange. Die Frage ist, wie kann die gelingen. Wir wissen, dass die Südumfahrung von Hagsfeld, wie sie geplant ist und noch kein Baurecht da ist, ca. 3.000 Fahrzeuge pro Tag erbringen würde, was nicht sonderlich viel ist. Deswegen die Frage, wie kann das gelingen, dass Hagsfeld und der Norden entlastet wird. Da kam die Idee, die nicht neu ist, die habe ich bei Michael Zeh im Protokoll an verschiedener Stelle gelesen, nördlich des Autobahnanschlusses von Karlsruhe vom Autobahnanschluss Nord bzw. bis Bruchsal zu schauen, ob da ein Autobahnanschluss die Entlastung bringen würde. Das soll jetzt die Anfrage sein. Es ist uns bewusst, dass es nur mit den Umlandgemeinden geht, dass es nur mit dem Regionalverband geht. Es wäre die Frage, ob es die Mehrheit des Gemeinderates mitträgt, dass die Stadtverwaltung diesen Antrag dem Regionalverband übergibt und hier dieses Anliegen weiterträgt. Wir können es hier nicht beschließen. Wir können es anstoßen, dass es vorangeht. Es ist nicht im Sinne von Druck machen gemeint, sondern es ist eine Anregung, die sehr hilfreich sein könnte. Diesen Prüfungsauftrag wollen wir an dieser Stelle anregen. Damit ist natürlich nicht gesagt, dass diese

Südumfahrung Hagsfeld vom Tisch wäre, sondern es ist eine ergänzende Maßnahme. Wir glauben, dass beides nötig wäre.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Der Antrag von FDP und den übrigen Verbündeten der Zählgemeinschaft geht wohl dahin, dass öffentlich über den Sinn eines Autobahnanschlusses nördlich von Karlsruhe diskutiert werden soll. Insbesondere bitten die Antragsteller, dass die Stadtverwaltung mit dem Landkreis, mit den beiden genannten Gemeinden und dem Regionalverband, Gespräche führen soll, um ein wörtlich lokales Bündnis herzustellen. Meine Fraktion ist der Verwaltung zunächst einmal dankbar, dass klargestellt ist, dass es keine Alternative zur Weiterverfolgung der Südumfahrung Hagsfeld, Nordumfahrung Rintheim, geben kann. Es ist auch klargestellt, dass eine wie immer geartete zusätzliche Autobahnausfahrt im Norden keine Entlastungswirkung für diese beiden Stadtteile erbringen kann. Das ist also keine ernstzunehmende Alternative für das hier in diesem Haus beschlossene Verkehrskonzept. Die Idee, einer zusätzliche Autobahnzufahrt, ist natürlich nicht völlig neu. Sie hat etliche Bedenken und Schwierigkeiten, an denen sich jetzt prinzipiell nichts geändert hat. Trotzdem ist auch meine Fraktion der Meinung, dass es keine Denkverbote geben kann. Für uns ist eigentlich nur ein formelles Moment wesentlich: Wie gehen wir mit unseren Gemeinden im Oberzentrum, mit unseren Nachbargemeinden, um. Stellen Sie sich einfach nur mal vor, wir würden in der Zeitung lesen, etwa der Gemeinderat von Weingarten beschließt, mit der Stadt Karlsruhe über ein Straßenprojekt auf deren Gemarkung Verhandlungen zu führen. Wir möchten nicht wissen, was für Reaktionen dies in diesem Haus auslösen würde. Also auch hier gilt, gut gemeint ist häufig das Gegenteil von gut gemacht.

Herr Oberbürgermeister, hier wäre vielleicht auch Veranlassung gewesen, dass nach Rücksprache mit den Antragstellern dieser Antrag zuerst im Planungsausschuss beraten wird, bevor hier öffentlich diskutiert wird. Die Antwort der Verwaltung ist nur insoweit aus unserer Sicht vollkommen zutreffend als angekündigt wird, die Angelegenheit in den Regionalverband abzugeben. Wir können Ihnen zwar nicht vorschreiben, mit wem Sie Verhandlungen führen, zuständig in dieser Angelegenheit ist aber ausschließlich der Regionalverband. Dies sollten gerade wir vorbildlich und korrekt handhaben. Allein dem stimmt die CDU-Fraktion zu.

Stadtrat Zeh (SPD): Ja, die FDP und die anderen sind nicht mehr im Bundestag vertreten. Das merkt man diesem Antrag durchaus auch an. Wer schon lange hier auf der regionalen Ebene aktiv ist, kennt den Oberbürgermeister, Herrn Demal, und weiß, dass der Herr Demal sich pie mal Daumen - ich würde sagen - schon seit 15 Jahren für diesen Autobahnanschluss einsetzt. Er war beim Bundesverkehrsministerium dafür aktiv, er war bei Bundestagsabgeordneten aktiv, aber er hat es nicht erreicht. Die Widerstände im Bund gegen einen zusätzlichen Autobahnanschluss - beispielsweise für den Flughafen Karlsruhe-Söllingen sind sie ähnlich groß - sind vorhanden. Die Situation hat sich noch etwas verschärft für die Karlsruher Verkehrssituation, weil wir jetzt zusätzlich die Autobahnausfahrt Karlsruhe-Nord haben und die Autobahnausfahrt Bruchsal nördlich von Bruchsal verschoben wurde. Die Strecke ist relativ lang, und für die Menschen in Stutensee ist natürlich die Autobahnausfahrt Karlsruhe-Nord die nächstliegende und sie versuchen dadurch irgendwohin zu kommen. Wir als SPD-Fraktion würden, wenn wir als Gemeinde Karlsruhe angehört würden, sicherlich einem solchen Autobahnanschluss zustimmen. Was die FDP hier sehr seltsam formuliert hat oder die anderen: Die Verwal-

tung verfolgt den Bau des Autobahnanschlusses bei Weingarten oder Büchenau, da stimme ich Herrn Pfannkuch zu. Wie kämen wir dazu, wenn der Wörther Gemeinderat sagen würde, die Stadt Karlsruhe verfolgt die zweite Rheinbrücke und das so beschließen würde. Nein, das geht natürlich nicht, dass man auf anderen Gebieten plant. Der Regionalverband kann das aktiv machen. Aber - da stimme ich Herrn Pfannkuch voll und ganz zu - trotz alledem, unabhängig von einem möglichen Autobahnanschluss, den ich allerdings in den nächsten zehn Jahren nicht sehe, müssen wir unbedingt die Südumfahrung Hagsfeld weiter verfolgen. In dieser klaren Linie ist die Antwort der Verwaltung für die SPD-Fraktion die richtige Antwort. Ich glaube, wir brauchen nicht darüber abzustimmen.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Unser Anliegen ist insgesamt eine Stärkung des umweltfreundlichen Verkehrs und damit verbinden wir durchaus das Ziel, unser Straßennetz zu entlasten. Was wir auf keinen Fall wollen, das ist bei den Kollegen schon angeklungen, so einer Kirchturmpolitik schon Vorschub leisten nach dem Motto, ja, wir wollen Autoverkehr, aber die Belastung wollen wir eben nicht bei uns haben. Vor dem Hintergrund finden auch wir es extrem schwierig, einen Autobahnanschluss zu fordern, der außerhalb unserer Gemarkung liegt, auch wenn, gerade beim Beispiel Rheinbrücke, sowohl der Landkreis als auch die Region, das immer wieder tun, obwohl klar ist, dass die Beschlusslage hier in Karlsruhe eine andere ist. Wir sehen sehr wohl, das haben wir hier schon oft genug diskutiert, die Notwendigkeit Hagsfeld vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Da haben wir auch eine Maßnahme in Bearbeitung. Das wird hier im Haus demnächst wieder diskutiert werden, wie man da weiter vorankommt. Wir haben große Zweifel, dass ein weiterer Autobahnanschluss hier der richtige Weg ist. Das wird einfach wieder zusätzliche Belastungen der Bevölkerung in den benachbarten Gemeinden dort geben. Wir haben bei den Grünen im Landkreis sachte angefragt. Die waren nicht sehr begeistert. Das kann ich schon mal sagen von den Reaktionen, die ich bisher bekommen habe. Auch die Verwaltung weist in ihrer Antwort auf einige Probleme hin, auf die geringe Verkehrsrelevanz, weshalb der Bund auch nicht bereit ist, hier mitzumachen. Die neue Anschlussstelle verschlechtert dann wieder den Verkehrsfluss auf der Autobahn, der Mindestabstand von acht Kilometern würde nicht eingehalten. Die Verlagerung von Nahverkehr auf die Autobahn könnte die Folge sein, was auch nicht unbedingt gewünscht ist.

Was jetzt noch gar nicht zur Sprache kam. Es ist auch so, dass das FFH-Gebiet durch so eine Maßnahme betroffen wäre, dass wertvolle Waldgebiete hier durchschnitten würden. Um das überhaupt machen zu können, müssten zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses vorliegen. Es dürfte auch keine Alternative machbar sein. Wir halten das auch nicht für gegeben. Insofern halten wir dieses Vorhaben einfach für unzulässig. Karlsruhe ist hier auch überhaupt nicht zuständig. Das wurde auch schon gesagt. Für die Grüne-Fraktion kann ich auf jeden Fall sagen, dass wir dem Vorhaben insgesamt sehr kritisch gegenüberstehen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir sehen den Antrag positiv. Wir danken den Antragstellern für diesen Antrag und finden es richtig, dass er hier diskutiert wird. Der Grund ist das Schreiben, das der Herr Oberbürgermeister in der Stellungnahme der Stadt dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat. Es erinnert an die Informationsveranstaltung am 18. November 2015 im Parsival-Zentrum, wo alle, die dort waren, sich gewun-

dert haben, wie wenig Entlastung die geplanten Maßnahmen überhaupt bringen für die betroffenen Stadtteile. Wenn man sieht, dass eine Maßnahme so wenig Entlastung bringt und einem klar wird, dass das Problem tatsächlich an der zusätzlichen Anschlussstelle im Norden Karlsruhes liegt, die dazu führt, dass viele Leute, die früher über Bruchsal auf die Autobahn gefahren sind jetzt einfach über den Anschluss im Norden auf die Autobahn fahren, dann muss man sich überlegen, was man sinnvollerweise dagegen macht. Deswegen ist dieser Antrag richtig. Wir von der AfD werden ihn auch gerne im Regionalverband weiter diskutieren.

Man muss prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um diese Auswirkungen, die wir letztendlich geschaffen haben durch den Bau der Anschlussstelle Nord, für die betroffenen Stadtteile zu begrenzen. Ob der Anschluss am Ende wirklich dort entsteht, ist eine weitere Frage. Es ist aber ganz eindeutig, dass im Norden von Karlsruhe der Bedarf für einen weiteren Anschluss besteht. Dann muss man sich überlegen, das kann man ja im Regionalverband tun, an welcher Stelle dieser Anschluss am besten lokalisiert würde.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen? - Herr Stadtrat Hock.

Stadtrat Hock (FDP): Wir haben uns auf die Fahne geschrieben, dass wir für Hagsfeld alles versuchen werden, um die Entlastung hinzubekommen. Wir müssen aber alle Möglichkeiten, auch diese, wenigstens prüfen lassen. Um im Regionalverband über diese Möglichkeit zu sprechen, ist dies der richtige Weg. Deshalb würde ich für die Zählgemeinschaft heute auf jeden Fall sagen wollen, dass wir die Verwaltung beauftragen, dass sie das auch tut, so wie es selber hier schreibt. Deshalb wäre es uns wirklich daran gelegen, dass dieses dann auch auf den Weg gebracht wird.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Ich möchte hier keine große Verkehrspolitik betreiben. Das ist aber schon eine Ironie, was hier gesagt wird. Auf der einen Seite ist vor wenigen Wochen ein Baurecht abgelehnt worden. Man hat es niedergestimmt. Heute steht man hin, als wäre es eine leichte Möglichkeit, in Weingarten oder wo auch immer einen Autobahnanschluss zu bauen, und das innerhalb von wenigen Monaten. Meine Kollegen Dr. Schmidt und Thomas Hock, hättet ihr eure Hausaufgaben richtig gemacht und würdet an einem Verkehrskonzept für diese Stadt mitarbeiten, das letztendlich die Entlastung von allen Stadtteilen bewirkt, wären wir viel weiter, bevor man ganz einfach den Schwarzen Peter an eine Umlandgemeinde abgibt, ohne mit denen vorher überhaupt geredet zu haben. Das ist die wahre Geschichte.

Der Vorsitzende: Nach den Kriterien des Bundes ist ein solcher Autobahnanschluss eigentlich nicht realistisch. Aber auch bei uns im eigenen Haus gibt es durchaus Erfahrungen aus der Vergangenheit, dass, wenn man sich politisch sehr einig ist und noch viele dicke Bretter bohrt, es auch nicht ausgeschlossen ist. Insofern nehme ich jetzt den Auftrag mit, weil wir uns nicht anmaßen können, über so was zu entscheiden. Das meine ich auch ernst. Das ist jetzt kein Kanzleitrost, der da drinsteht, sondern wir werden das noch einmal entsprechend mit denen, die eigentlich den Antrag bearbeiten müssten und solche Dinge, dann mal besprechen. Dann würden wir hier oder bei anderer Gelegenheit wieder berichten.

Unabhängig davon halten alle an der Südumfahrung Hagsfeld fest. Herr Ehlgötz, ich habe hier jetzt keinen gehört, der das in wenigen Monaten schon bauen will. Da haben Sie sich irgendwie verhält. Wir reden hier jetzt um Zeitabläufe, die sind wahrscheinlich im 10- bis 20-Jahres-Bereich allerfrühestens machbar. Von daher diskutieren wir die andere Sache mit derselben Ernsthaftigkeit weiter. Entgegen dem, was auch zunächst die Wahrnehmung war in der Folge der Bürgerversammlung, sollte man es trotzdem noch mal versuchen, es zumindest anzusprechen. Dann sind wir uns einig.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
24. Mai 2016